ROLAND RECHTSREPORT 2021

Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung

Einstellung der Bevölkerung zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie

ROLAND Sicher im Recht.

IfD Allensbach
Institut für Demoskopie Allensbach

Untersuchungssteckbrief

Befragter Personenkreis:	deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1.286 Personen
Auswahlmethode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	mündlich-persönlich (face-to-face)
Repräsentativität:	repräsentativ für den befragten Personenkreis
Befragungszeitraum:	November 2020

Methodische Konzeption und Durchführung

Institut für Demoskopie Allensbach

Redaktion

Maja Bohlen und Marius Gebhard (ROLAND), Michael Sommer (IfDA)

Impressum

ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG
Marcus Acker
Leiter Unternehmenskommunikation
Deutz-Kalker Straße 46
50679 Köln
www.roland-gruppe.de
presse@roland-gruppe.de

Vorbemerkung

Seit 2010 wird mit dem ROLAND Rechtsreport jährlich die öffentliche Meinung zum deutschen Rechtssystem und zu ausgewählten rechtspolitischen Schwerpunktthemen ermittelt. Dazu führte das INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH auch in diesem Jahr im Auftrag der ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG eine bevölkerungsrepräsentative Befragung durch.

Einer der Schwerpunkte dieser Untersuchung waren erneut die Langzeitanalyse des Vertrauens in wichtige gesellschaftliche und staatliche Institutionen sowie die Ermittlungen der grundsätzlichen Einstellungen zum deutschen Rechtssystem. Zudem ermittelt auch der aktuelle ROLAND Rechtsreport Bekanntheit und Einstellungen der Bevölkerung zur außergerichtlichen Streitbeilegung. Mit dem zweiten thematischen Schwerpunkt wird Bilanz gezogen, inwieweit die Bürger* die Maßnahmen des Staates zur Bekämpfung der Corona-Pandemie für unangemessene Eingriffe in ihre Freiheits- und Grundrechte verstehen, wie sie die Rolle der Gerichte in der aktuellen Situation bewerten und wie sie die Proteste und Demonstrationen gegen die staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung beurteilen.

Die Untersuchung stützt sich auf insgesamt 1.286 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahren. Die Interviews wurden zwischen dem 1. und 11. November 2020 mündlich-persönlich (face-to-face) durchgeführt. Die wichtigsten Befunde der Studie fasst der vorliegende Bericht im Folgenden zusammen.

Allensbach am Bodensee,
Institut für Demoskopie Allensbach
im Dezember 2020

* Anmerkung: Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text verallgemeinernd das generische Maskulinum verwendet. Diese Formulierungen umfassen Personen mit allen Geschlechtern.

Inhalt

Seite

Untersuchungssteckbrief 1

Vorbemerkung 2

Geleitworte 4

Zusammenfassung 7

Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung 9

Nach wie vor großes Vertrauen der Bürger in das deutsche Rechtssystem 10

Viel Kritik im Detail – insbesondere an der Länge der Gerichtsverfahren 16

Hohe Bedeutung der außergerichtlichen Streitbeilegung 20

Teil B Einstellung der Bevölkerung zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie 22

Gesundheitsschutz schlägt Grundrechte 23

Geleitworte

Liebe Leserinnen und Leser,

die Welt steht vor einer Herausforderung historischen Ausmaßes: Das Corona-Virus hält uns weiter in Atem – über ein Jahr nach dem Auftreten der ersten Covid-19-Fälle in China. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind sich heute einig, dass uns die Pandemie noch sehr lange begleiten wird. Doch als wir uns im Frühjahr 2020 zu einem möglichen Schwerpunktthema für den ROLAND Rechtsreport 2021 Gedanken machten, sah die Situation noch ganz anders aus. Wir diskutierten ernsthaft darüber, ob Corona im Frühjahr 2021 – bei Erscheinen des Rechtsreports – noch „ein Thema“ sein würde.

Wenn uns die vergangenen Monate eines gelehrt haben, dann dass sich die Situation extrem dynamisch und rasend schnell verändern kann. Zum Positiven, wie durch die Entwicklung wirksamer Impfstoffe. Aber auch zum Negativen, wie durch das Auftreten gefährlicher Virusmutationen. In dieser in der Bundesrepublik Deutschland noch nie zuvor dagewesenen Situation lernen alle Beteiligten ständig dazu, wägen ab und treffen Entscheidungen auf Basis der aktuellen Informationslage. Viele Entscheidungen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie bedeuteten und bedeuten einen ernsthaften Eingriff in die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger. Ist dies richtig und verhältnismäßig? Steht der Gesundheitsschutz tatsächlich über allem?

Diesen und weiteren Fragen gehen wir im vorliegenden Rechtsreport auf den Grund. Es zeigt sich: Ein großer Teil der Deutschen ist mit dem bisherigen Kurs der Bundesregierung einverstanden. Persönliche Einschränkungen nehmen viele Befragte bereitwillig in Kauf, wenn bestimmte Umstände dies rechtfertigen. Welche Argumente überzeugen und welche nicht, ist sicherlich eine wertvolle Information für die politischen Entscheidungsträger und Kommunikatoren.

Das gilt auch für die Erkenntnisse zum gesellschaftlichen Stimmungsbild bezüglich der Corona-Demonstrationen und der derzeitigen Schuldenpolitik der Bundesregierung. Daneben untersucht auch dieser – inzwischen elfte – ROLAND Rechtsreport wie schon zuvor die Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung. Ein Thema, das immer aktuell und relevant sein wird.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.
Und vor allem: Bleiben Sie gesund!

Ihr

Dr. Ulrich Eberhardt
Mitglied des Vorstands der
ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

der ROLAND Rechtsreport zeigt ein über Jahre stabiles Paradoxon: Einerseits besteht bei der Bevölkerung ein hohes Vertrauen in Gerichte und Gesetze — wenn abstrakt gefragt wird. Andererseits stimmt bei der Detailbefragung eine Mehrheit negativen Aussagen wie etwa zur Verfahrenslänge zu und spricht der Justiz angebotene positive Merkmale wie Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit ab. Das wirft die Frage auf, wie Menschen, die die Gerichte für überlastet halten, Erfolgsaussichten vom Bekanntheitsgrad des Anwalts abhängig sehen und annehmen, es gehe vor deutschen Gerichten nicht mit rechten Dingen zu, gleichwohl Vertrauen in die Justiz haben können.

Ein Erklärungsansatz liegt vielleicht in der Choreografie der Befragung. Die allgemeine Vertrauensfrage bezieht sich auch auf Politik, Verwaltung, Medien und andere Institutionen. Wenn Gerichte und Gesetze hier gut abschneiden, zeigt sich also ein abstrakt-relativer Vertrauenswert. Der konkrete Fragenkatalog wird im Laufe des Interviews später vorgelegt und er mag im Sinne der Verfügbarkeitsheuristik Erfahrungen oder Erinnerungen an Dritteinschätzungen und auch an Narrative („Überlastung der Justiz“, „Strafen sind zu gering“ etc.) erst ins Bewusstsein heben.

Die Justiz darf den abstrakten Vertrauenswert nicht überbewerten, zumal Skepsis und Kritik gerade von jenen geäußert werden, die schon Kontakt zur Justiz hatten. Zu einer vertieften Analyse wird vielleicht die Forschung beitragen, die zurzeit dem signifikanten Rückgang der Zivilklagen besonders bei deutschen Amtsgerichten nachgeht. Schon jetzt zeichnen sich Zukunftsfragen ab: Wie kann der Zugang zur Justiz erleichtert werden? Wie kann die Digitalisierung vorangetrieben und das Leistungsspektrum der Justiz transparenter gemacht werden?

Gerichte treffen Entscheidungen in juristisch justierten Konflikten. Ist der Streit aber nicht (nur) rechtlicher Natur, kann ein Urteil kaum allseits und vollständig befrieden. Auch hier mögen Gründe dafür zu finden sein, dass Mehrheiten Zweifel an der Neutralität und Integrität der Gerichte sowie an ihrer Gründlichkeit und Gewissenhaftigkeit haben. Es bedarf also auch anderer, alternativer Instrumente und Kenntnisse zu Indikationen und Differenzialdiagnostik. Schlichtung steht der Justiz schon lange und die Mediation seit 2012 zur Verfügung. Sinnvoller ist Mediation aber zumeist, wenn sie an die Stelle des Gerichtsverfahrens tritt. Und die Menschen scheinen grundsätzlich auch offen zu sein für eine alternative Streitlösung: Wie der Rechtsreport zeigt, hat die Mediation seit Jahren hohe Bekanntheitswerte und ihre Wirksamkeit ist zumindest in den Augen einer knappen Mehrheit anerkannt. Wenn man die Evaluierung der Bundesregierung zum Mediationsgesetz liest und Erfahrungen der Mediatorinnen und Mediatoren hört, scheint Mediation aber im konkreten Konflikt noch längst kein naheliegendes, gleichsam selbstverständliches Instrument zu sein.

Dass der ROLAND Rechtsreport von der Rechtspolitik wahrgenommen wird, ist spätestens im Diskurs um das „rationale Desinteresse“ deutlich geworden. Der Betrag, den Befragte durchschnittlich als Schwelle zur Klageerhebung angaben, taucht in einschlägigen Diskursen etwa zum Verbraucherstreitbeilegungsgesetz und zur Musterfeststellungsklage immer wieder auf – in Ministerreden, Entschließungsanträgen und Gesetzesentwürfen. Die aktuell erforschte Einschätzung der Bevölkerung zum Grundrechtsschutz in der Pandemie mag der Politik ebenfalls Erkenntnisse liefern, wenn auch der knappe Befragungszeitraum angesichts der dynamischen Lage nur eine Momentaufnahme liefern kann.

Ihr

Peter Röthemeyer
Mitglied des Rechtspolitischen Beirats von ROLAND Rechtsschutz
Leitender Ministerialrat im Niedersächsischen Justizministerium, Mediator

Liebe Leserinnen und Leser,

Krisenzeiten sind die Zeiten der Exekutive – dieser Satz bestätigt sich in der aktuellen Situation sehr nachdrücklich. Das Regierungshandeln absorbiert die Aufmerksamkeit der Bürger und bestimmt ihren Alltag in völlig ungewohntem Ausmaß. Und in dieser Situation hat sich das Vertrauen der Bürger in die Exekutive völlig verändert. Der Langzeittrend des ROLAND Rechtsreports zeigt, dass das Vertrauen in die Bundesregierung im Krisenjahr von 33 auf 57 Prozent angestiegen ist – im Vergleich der letzten 20 Jahre ein Höchstwert. Auch während der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise 2008 und während der Krise in der Euro-Zone 2012/2013 stieg das Vertrauen in die Regierung steil an, aber der Vertrauensgewinn in der Pandemiekrise ist besonders ausgeprägt. Alle anderen Institutionen verzeichnen weder gravierende Vertrauensgewinne noch -einbußen. So verharrt das Vertrauen in das Rechtssystem, die Gesetze und Gerichte wie auch in die Sicherheitskräfte stabil auf hohem Niveau.

Der Vertrauensgewinn der Exekutive ist in der aktuellen Situation besonders bemerkenswert, da ein erheblicher Teil der Bürger die eigenen Grundrechte und Freiheiten als erheblich eingeschränkt empfindet. 39 Prozent ziehen diese Bilanz, nur knapp jeder Fünfte fühlt sich kaum eingeschränkt. Weit überdurchschnittlich klagt die junge Generation über Freiheitsbeschränkungen. Die große Mehrheit ist jedoch bereit, solche Einschränkungen auf begrenzte Zeit zu akzeptieren, wenn die Infektionslage dies erfordert, die Einschränkungen nachvollziehbar sind und von den einschlägigen Wissenschaftlern empfohlen werden und der Staat darüber hinaus Hilfsprogramme auflegt, um die ökonomischen Kollateralschäden zu begrenzen. In Krisensituationen zeigt sich auch die Rangfolge von Werten besonders deutlich. Wenn Gesundheitsschutz und Freiheitsspielräume im Konflikt liegen, entscheidet sich die große Mehrheit für den Vorrang von Gesundheitsschutz.

Gleichzeitig war es für die Bürger jedoch auch beruhigend, dass die Gewaltenteilung auch in Krisensituationen funktioniert. So begrüßte die große Mehrheit, dass in einigen Fällen die Gerichte angerufen wurden, um die Rechtmäßigkeit der staatlichen Maßnahmen zu überprüfen und dabei teilweise auch Beschlüsse aufzuheben oder einzuschränken. Das Vertrauen in die Exekutive ist zurzeit groß, noch größer jedoch ist das Vertrauen in Gesetze und Justiz. Gerade in Krisenzeiten zeigt sich die Bedeutung der Gewaltenteilung. Sie ist eine wesentliche Voraussetzung für ein stabiles Gemeinwesen und das Vertrauen der Bürger in die Institutionen des Landes.

Ihre

Prof. Dr. Renate Köcher
Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach

Zusammenfassung

Großes Vertrauen der Bürger in das deutsche Rechtssystem

Wie in den zehn vorangegangen Studien untersucht auch der ROLAND Rechtsreport 2021 das Vertrauen der Bürger in das deutsche Rechtssystem. Schon seit Jahren bewegt sich dieses auf einem konstant hohen Niveau. Daran hat sich auch aktuell nichts geändert: 71 Prozent der Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, 66 Prozent in die Gerichte. Auf einen besseren Wert kommen nur kleine und mittlere Unternehmen sowie die Polizei.

Das Vertrauen der Bürger in die Gerichte ist insbesondere im Trendverlauf der letzten fünf Jahre relativ stabil. So bewegen sich die Vertrauenswerte in dieser Zeit zwischen 64 und 66 Prozent. Etwas anders sieht es bei den Gesetzen aus: Im Jahr 2013 vertrauten 76 Prozent der Bürger den Gesetzen, bevor sich dieser Wert bis 2018 sukzessive auf 64 Prozent verringerte, um bis 2020 wieder auf die genannten 71 Prozent anzusteigen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass das Vertrauen der Bürger in die Bundesregierung signifikant zugenommen hat. Vertrauten 2019 nur 33 Prozent der Bundesregierung, sind es ein Jahr später 57 Prozent. Die Maßnahmen der Bundesregierung in der Corona-Krise scheinen hier ihre Wirkung zu zeigen. 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es dabei Unterschiede zwischen den alten und neuen Bundesländern: In Westdeutschland vertrauen aktuell 59 Prozent der Bundesregierung, in Ostdeutschland dagegen nur 46 Prozent.

Dennoch deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem

Trotz der hohen Vertrauenswerte äußern die befragten Bürger auch deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem. Im Wesentlichen bezieht sich die Kritik dabei auf vier verschiedene Bereiche:

- Die größte Kritik übt die Bevölkerung an den Verfahrensdauern. 83 Prozent haben den Eindruck, dass viele Verfahren zu lange dauern. 74 Prozent halten zudem die Gerichte für überlastet.
- Ein Großteil äußert zudem Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht. 62 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Erfolgsaussichten erhöht, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 58 Prozent halten die Rechtsprechung für uneinheitlich, Urteil und Strafmaß unterscheiden sich demnach von Gericht zu Gericht.
- Strafen werden als zu milde kritisiert, insbesondere mit Blick auf jugendliche Straftäter. 57 Prozent wünschen sich ein härteres Durchgreifen gegenüber jugendlichen Straftätern. 54 Prozent empfinden Urteile allgemein als zu milde.
- Schließlich kritisiert ein Großteil die Komplexität der Gesetzgebung. 53 Prozent bemängeln, dass die Gesetze zu kompliziert sind und bezweifeln, dass ein normaler Bürger in der Lage ist, sie zu verstehen.

Gegenüber diesen kritischen Stimmen sind positive Aussagen zur deutschen Justiz eindeutig in der Minderheit. Immerhin 32 Prozent geben an, dass sie großen Respekt vor Richtern haben, während jeweils 31 Prozent finden, dass bei deutschen Gerichten alles mit rechten Dingen zugeht und dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten.

Hohe Bekanntheit der außergerichtlichen Streitbeilegung

Vor dem Hintergrund dieser Kritikpunkte am deutschen Rechts- und Justizsystem widmet sich der ROLAND Rechtsreport auch der Frage, wie hoch das Interesse der Bevölkerung an einer außergerichtlichen Streitbeilegung ist. Die Bekanntheit dieser Möglichkeit ist außerordentlich hoch: 86 Prozent der Bevölkerung haben davon gehört, dass ein Konflikt auch außergerichtlich, etwa durch eine Mediation oder Schlichtung, gelöst werden kann. In den letzten Jahren bewegte sich der Wert konstant auf diesem Niveau.

Für die Bewertung wurden den Befragten weitere Informationen zur Verfügung gestellt. Zum Beispiel, dass die Teilnahme an einer Schlichtung oder Mediation freiwillig ist und dass ein unabhängiger Vermittler beide Seiten berät. Auf dieser Basis bewerten die Befragten die Erfolgschancen überwiegend positiv. 52 Prozent sind überzeugt, dass sich so viele Konflikte lösen lassen, nur 31 Prozent sind skeptisch.

Corona-Krise: Gesundheitsschutz schlägt Grundrechte

Neben der Einstellung zum deutschen Justiz- und Rechtssystem untersuchen die Studienleiter in diesem Jahr die Meinung der Bevölkerung zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Wie der ROLAND Rechtsreport zeigt, erfährt der Kurs der Regierung in der Pandemie dabei unter den befragten Bürgern breite Zustimmung.

Während sich 39 Prozent der Befragten von den Corona-Maßnahmen sehr stark oder stark in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt fühlen, sehen sich 59 Prozent gar nicht oder weniger stark eingeschränkt. Eine Mehrheit sieht die eigenen Freiheitsrechte also nicht gravierend beschnitten, was als bemerkenswertes Urteil angesehen werden kann, wenn man die Tragweite der Corona-Maßnahmen bedenkt. Allerdings kann hierbei der Befragungszeitraum im November 2020 eine Rolle spielen, der vor weiteren verschärften Maßnahmen im Verlauf des Winters lag.

Grundsätzlich unterscheidet sich mit Blick auf das Alter oder die Parteizugehörigkeit die Einschätzung: 59 Prozent der unter 30-Jährigen sehen sich (sehr) stark in ihren Freiheitsrechten eingeschränkt, wohingegen bei den über 60-Jährigen nur 30 Prozent dieser Auffassung sind. 75 Prozent der Anhänger der AfD sowie 57 Prozent der Anhänger der Linkspartei und der FDP sehen (sehr) starke Einschränkungen. Bei den Unionsparteien und der SPD sind es nur 27 bzw. 34 Prozent der Anhänger.

Für die Begründung der Corona-Maßnahmen finden die Befragten die verschiedenen Argumente unterschiedlich plausibel. 76 Prozent halten die Einschränkungen für gerechtfertigt, wenn diese gut begründet und nachvollziehbar sind. Auf dem zweiten Platz folgt mit 74 Prozent der starke Anstieg der Infektionszahlen als Rechtfertigungsgrund. Dagegen akzeptieren nur 21 Prozent die Bestätigung der Maßnahmen durch Gerichte als Rechtfertigungsgrund. Eine kleine Minderheit von 8 Prozent lehnt die Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise grundsätzlich ab.

Dass die Befragten Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte akzeptieren, hängt wesentlich damit zusammen, dass eine überwältigende Mehrheit den Gesundheitsschutz in der aktuellen Situation höher bewertet als den Schutz der Freiheit. 69 Prozent der Befragten räumen dem Gesundheitsschutz einen Vorrang gegenüber Freiheitsrechten ein. Bemerkenswert ist dabei die Zustimmung über alle Generationen hinweg: Bei den über 60-Jährigen bewerten nur 10 Prozent die Freiheitsrechte höher als den Gesundheitsschutz, bei den unter 30-Jährigen sind es mit 14 Prozent kaum mehr.

Für die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen hat eine Mehrheit der Bürger wenig Verständnis. Zwar finden es 46 Prozent richtig, dass die Demonstrationen aufgrund der Versammlungsfreiheit stattfinden dürfen, aber gleichzeitig finden es 60 Prozent schlimm, dass die Gegner der Maßnahmen gemeinsam mit Rechtsextremen demonstrieren. Nur 28 Prozent haben grundsätzlich Verständnis für die Proteste.

Teil A Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Justizsystem und zur außergerichtlichen Konfliktlösung

Nach wie vor großes Vertrauen der Bürger in das deutsche Rechtssystem

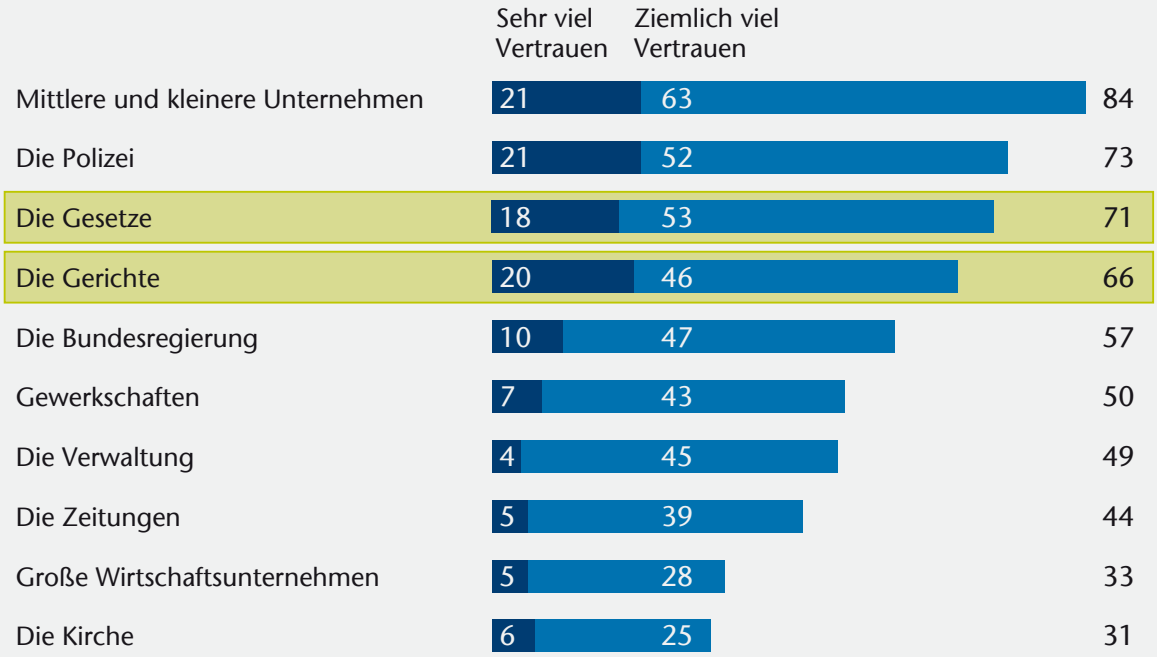
Das deutsche Rechtssystem genießt in der Bevölkerung ein hohes Maß an Vertrauen: 71 Prozent der Bürger haben sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in die Gesetze, 66 Prozent in die Gerichte. Die herausgehobene Stellung von Gerichten und Gesetzen wird vor allem im Vergleich mit anderen staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen sichtbar. Größeres Vertrauen als der Justiz bringt die Bevölkerung nur kleineren und mittleren Unternehmen sowie der Polizei entgegen.

So haben 84 Prozent großes Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen, 73 Prozent in die Polizei. Bei 57 Prozent der Bürger genießt die Bundesregierung derzeit sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen, bei jeweils rund jedem Zweiten auch die Gewerkschaften und die Verwaltung. Vergleichsweise wenig Vertrauen genießen hingegen große Wirtschaftsunternehmen sowie die Kirche: Nur jeder Dritte hat sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen in Großunternehmen, 31 Prozent in die Kirche (Schaubild 1).

Schaubild 1

Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen

Frage: „Könnten Sie mir bitte zu jedem Punkt auf dieser Liste sagen, wie viel Vertrauen Sie in jeden haben, ob sehr viel Vertrauen, ziemlich viel, wenig oder überhaupt kein Vertrauen?" (Vorlage einer Liste, Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

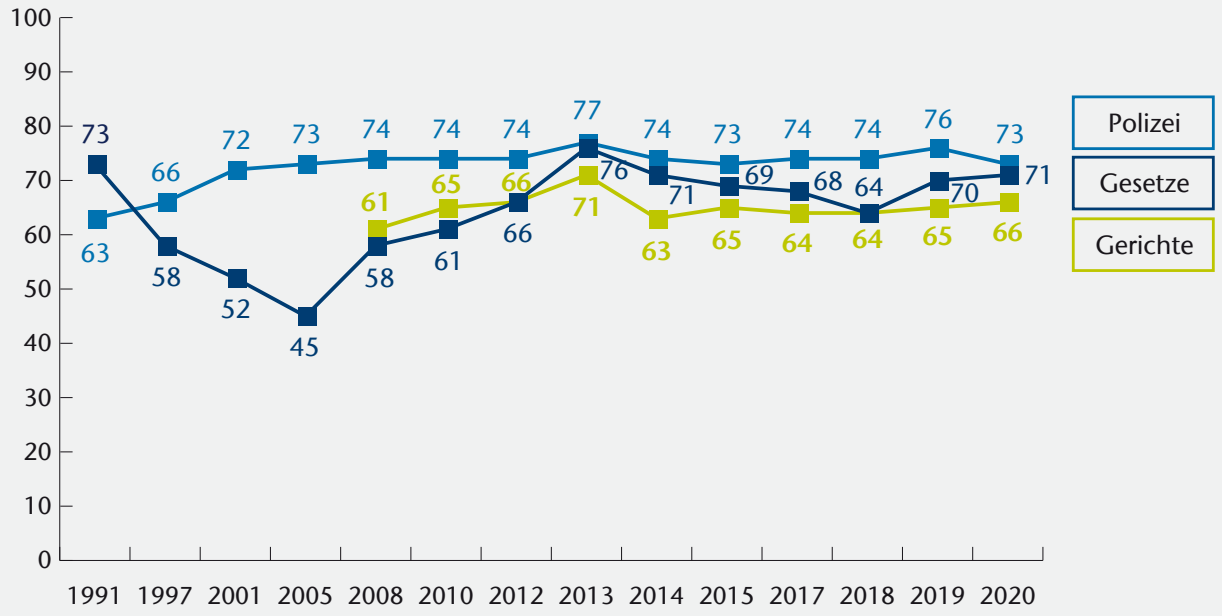
Das Vertrauen der Bevölkerung in die deutsche Gerichtsbarkeit ist seit Jahren relativ stabil, insbesondere im Trendverlauf der letzten rund zehn Jahre. So bewegt sich das Vertrauen in die Gerichte seit 2008 in der relativ engen Bandbreite zwischen 61 und 71 Prozent, seit fünf Jahren stabil zwischen 64 und 66 Prozent. Das Vertrauen der Bürger in die Gesetze schwankte im selben Zeitraum hingegen deutlich stärker: So brachten 2005 nur 45 Prozent den Gesetzen großes Vertrauen entgegen, 2013 hingegen 76 Prozent. Bis zum Jahr 2018 verringerte sich der Anteil sukzessive auf 64 Prozent; seither hat das Vertrauen der Bürger in die Gesetze wieder erkennbar zugenommen auf aktuell 71 Prozent.

Noch stabiler als das Vertrauen in das Rechtssystem ist dasjenige in die Polizei. Seit 2001 oszilliert das Vertrauen in die Polizei im engen Spektrum zwischen 72 und 77 Prozent, aktuell liegt es bei 73 Prozent. Auch die Diskussionen der letzten Monate über Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in den Reihen der Polizei haben keinen nennenswerten Einfluss auf das Meinungsbild der Bevölkerung genommen (Schaubild 2).

Schaubild 2

Das Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei ist stabil hoch

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

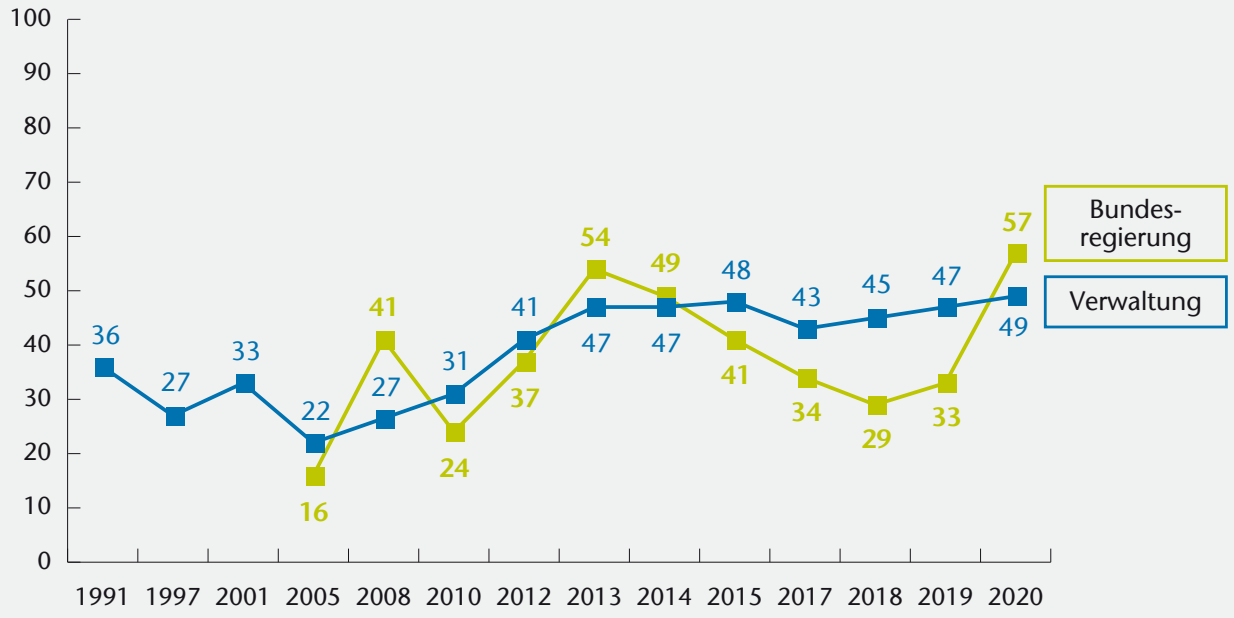
Wesentlich stärker hat sich innerhalb der letzten zwölf Monate hingegen das Urteil der Bevölkerung über das Regierungshandeln verändert. Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie haben seit März zu einer breiten Unterstützung der Regierungspolitik geführt, die in ihrem Ausmaß und in ihrer Konstanz außergewöhnlich ist. Noch vor Beginn der Krise überwog die Kritik bei Weitem. Im letzten Jahr sprachen lediglich 33 Prozent der Bevölkerung der Bundesregierung ihr Vertrauen aus, aktuell sind es 57 Prozent. Auch wenn das Urteil über die Regierungspolitik grundsätzlich stärkeren Schwankungen unterliegt als das über andere staatliche und gesellschaftliche Institutionen, sind derart starke Veränderungen innerhalb kurzer Zeit sehr ungewöhnlich.

Interessanterweise hat sich das Meinungsbild über die Verwaltung innerhalb der letzten zwölf Monate kaum verändert, obgleich insbesondere die Gesundheitsämter im Rahmen der Pandemiebekämpfung ebenfalls stark im Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit standen (Schaubild 3).

Schaubild 3

Deutlich größeres Vertrauen in die Bundesregierung aufgrund ihrer Corona-Politik

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

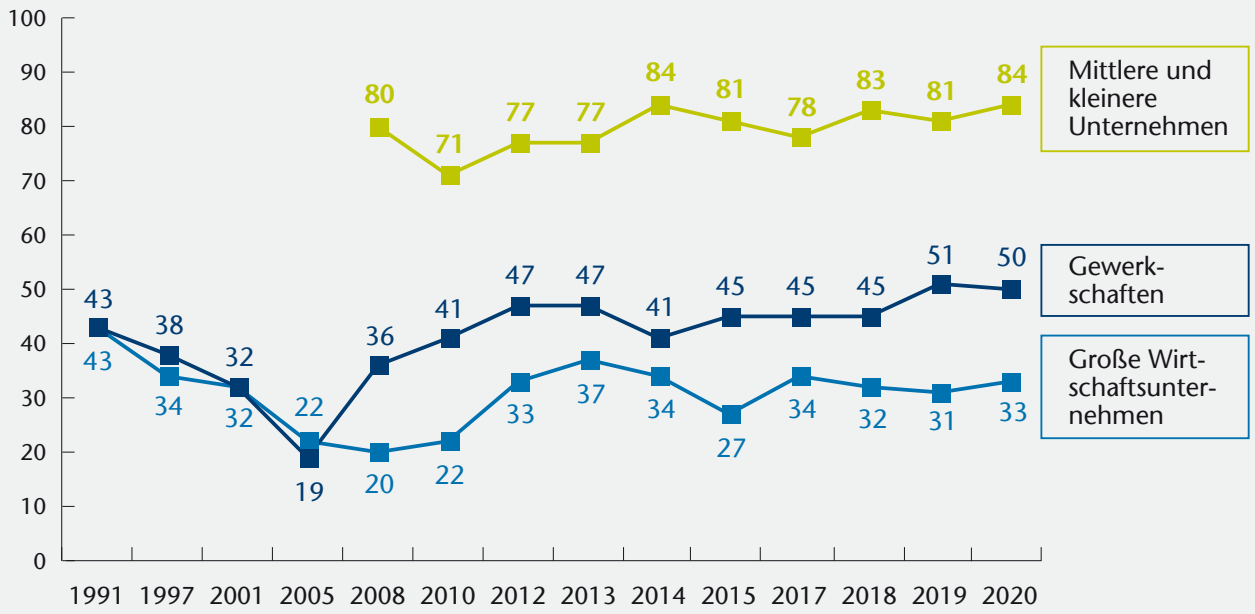
Das Vertrauen der Bürger in die Wirtschaft ist weiterhin von einer starken Differenzierung zwischen dem Mittelstand auf der einen und den Großunternehmen auf der anderen Seite gekennzeichnet. Während das Vertrauen in die mittleren und kleineren Unternehmen außerordentlich groß ist, ist das Vertrauen in die großen Unternehmen eher gering. So vertrauen 84 Prozent den kleineren und mittleren Unternehmen, aber nur 33 Prozent den großen Unternehmen. Der Trendverlauf zeigt, dass das Urteil über die Wirtschaftsunternehmen seit Jahren äußerst konstant ist.

Unverändert stabil ist auch das Vertrauen in die Gewerkschaften: Wie bereits im vergangenen Jahr bringt rund jeder Zweite den Gewerkschaften sehr viel oder ziemlich viel Vertrauen entgegen. In den Jahren zwischen 2010 und 2018 schwankte der Anteil, der den Gewerkschaften großes Vertrauen aussprach, stets zwischen 41 und 47 Prozent (Schaubild 4).

Schaubild 4

Nach wie vor sehr hohes Vertrauen in mittlere und kleinere Unternehmen

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

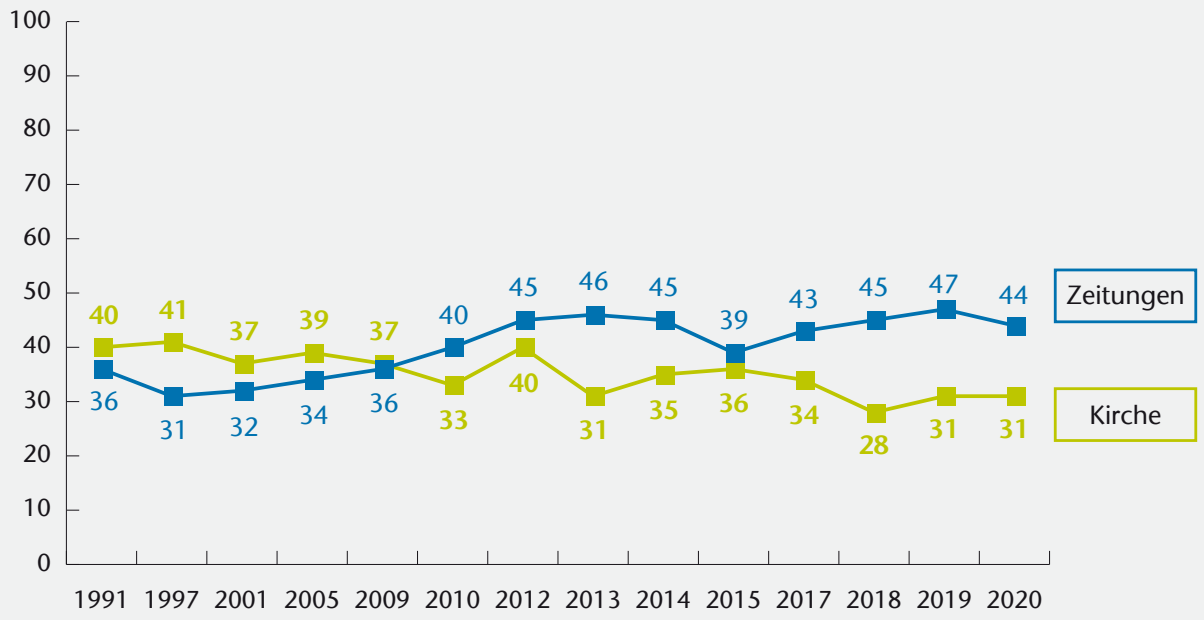
Während die Bundesregierung in der aktuellen Corona-Krise ihr Ansehen in der Bevölkerung stärken konnte, gilt das für die Medien nicht. Obgleich das Informationsbedürfnis in den letzten Monaten deutlich angestiegen ist, hat dies das Vertrauen der Bürger in die Medien nicht beeinflusst. Der Anteil derer, die den Zeitungen großes Vertrauen entgegenbringen, ist innerhalb des letzten Jahres sogar von 47 auf 44 Prozent zurückgegangen.

Auch das Vertrauen in die Kirchen verharrt seit vielen Jahren auf niedrigem Niveau. Bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren ist das Vertrauen in die Kirchen spürbar zurückgegangen. Die mittlerweile seit einigen Jahren anhaltenden Diskussionen um Missbrauchsfälle in der Kirche und die aus Sicht der Bevölkerung oftmals nur zögerliche Aufklärung haben zusätzlich dazu beigetragen, dass das Vertrauen in die beiden großen Kirchen in Deutschland auf niedrigem Niveau verbleibt. Wie bereits im Vorjahr schenken aktuell nur 31 Prozent der Bürger den Kirchen ihr Vertrauen (Schaubild 5).

Schaubild 5

Das Vertrauen in Zeitungen und Kirche bleibt stabil auf eher niedrigem Niveau

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

Auch rund 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es nach wie vor zwischen West- und Ostdeutschland zum Teil bemerkenswerte Unterschiede im Institutionenvertrauen. Dies gilt insbesondere für das Vertrauen in das Rechtssystem, in die Exekutive und ganz besonders gravierend für das Vertrauen in die Medien. So vertraut im Westen des Landes rund jeder Zweite den Zeitungen, in Ostdeutschland hingegen nur knapp jeder Vierte. Den Gesetzen bringen 74 Prozent der westdeutschen, aber nur 56 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung großes Vertrauen entgegen. Und während in Westdeutschland 68 Prozent den Gerichten vertrauen, sind es in Ostdeutschland nur 55 Prozent. Auch die Bundesregierung und die Verwaltung genießen in Ostdeutschland signifikant weniger Vertrauen als im Westen der Republik. So vertrauen in Westdeutschland 59 Prozent der Bundesregierung und 51 Prozent der Verwaltung, in Ostdeutschland hingegen nur 46 bzw. 38 Prozent.

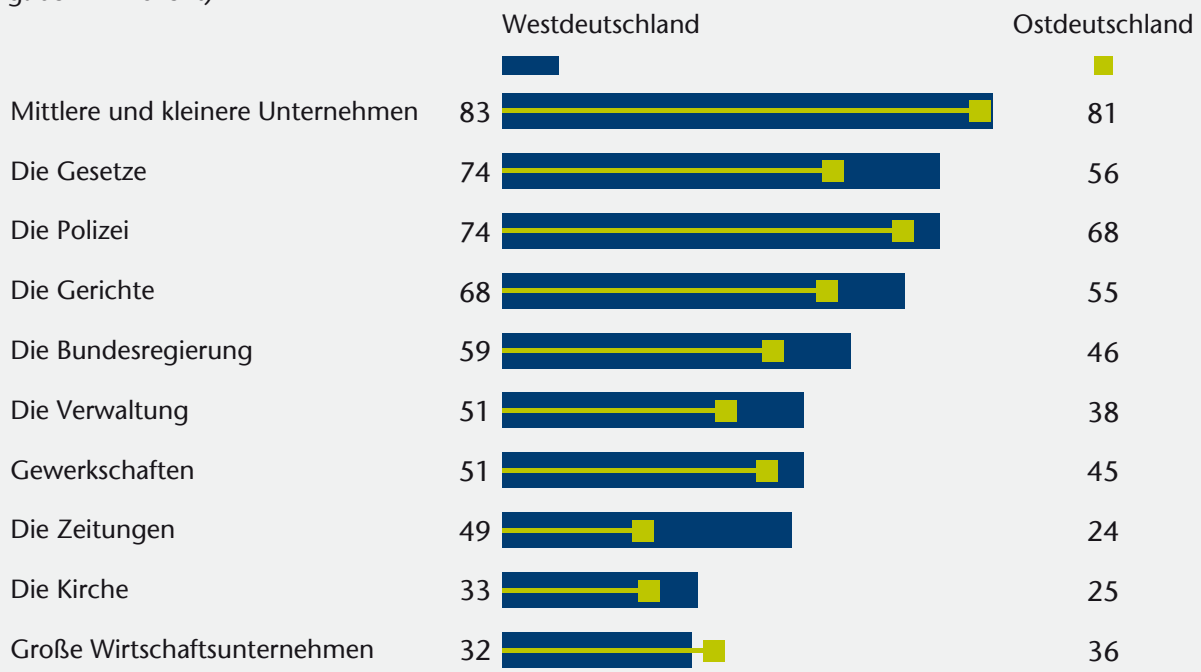
Lediglich den wirtschaftlichen Institutionen schenkt die ostdeutsche Bevölkerung genauso großes oder sogar größeres Vertrauen als die westdeutsche Bevölkerung. So haben nur 32 Prozent der Westdeutschen Vertrauen in die großen Unternehmen, in Ostdeutschland sind es immerhin 36 Prozent.

Die Ergebnisse sind ein Beleg dafür, dass sich die unterschiedlichen historischen Erfahrungen in Ost und West auch rund 30 Jahre nach der Wiedervereinigung weiterhin in den grundsätzlichen Einstellungen zum Staat und seinen Institutionen widerspiegeln. Dennoch überrascht die große Stabilität der Unterschiede, die sich selbst im Verlauf der letzten zehn Jahre nicht weiter verringert haben (Schaubild 6)

Schaubild 6

Ostdeutsche Bevölkerung mit deutlich geringerem Vertrauen in das Rechtssystem, die Medien und die Exekutive

Es haben sehr viel/ziemlich viel Vertrauen in ...
(Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

Viel Kritik im Detail – insbesondere an der Länge der Gerichtsverfahren

Ungeachtet des insgesamt hohen grundsätzlichen Vertrauens der deutschen Bevölkerung in die Gesetze und Gerichte, äußern die Bundesbürger unverändert zum Teil deutliche Kritik am deutschen Justiz- und Rechtssystem. Im Wesentlichen bezieht sich die Kritik auf vier Bereiche:

- zu lange Verfahrensdauer durch die Arbeitsüberlastung der Gerichte,
- eine als uneinheitlich wahrgenommene Rechtsprechung,
- zu milde Strafen und
- zu komplizierte Gesetze.

Die größte Kritik übt die Bevölkerung an der langen Verfahrensdauer: 83 Prozent der Bürger haben den Eindruck, dass viele Verfahren in Deutschland zu lange dauern; 74 Prozent halten zudem die Gerichte für überlastet.

Darüber hinaus äußert ein Großteil der Bevölkerung Zweifel an der Gleichbehandlung vor Gericht: 62 Prozent sind der Auffassung, dass man seine Chancen auf ein günstiges Urteil erhöhen kann, wenn man sich einen bekannten Anwalt leisten kann. 58 Prozent halten zudem die Rechtsprechung in Deutschland ganz allgemein für uneinheitlich. Urteil und Strafmaß hängen ihrer Meinung nach stark vom jeweils zuständigen Gericht ab.

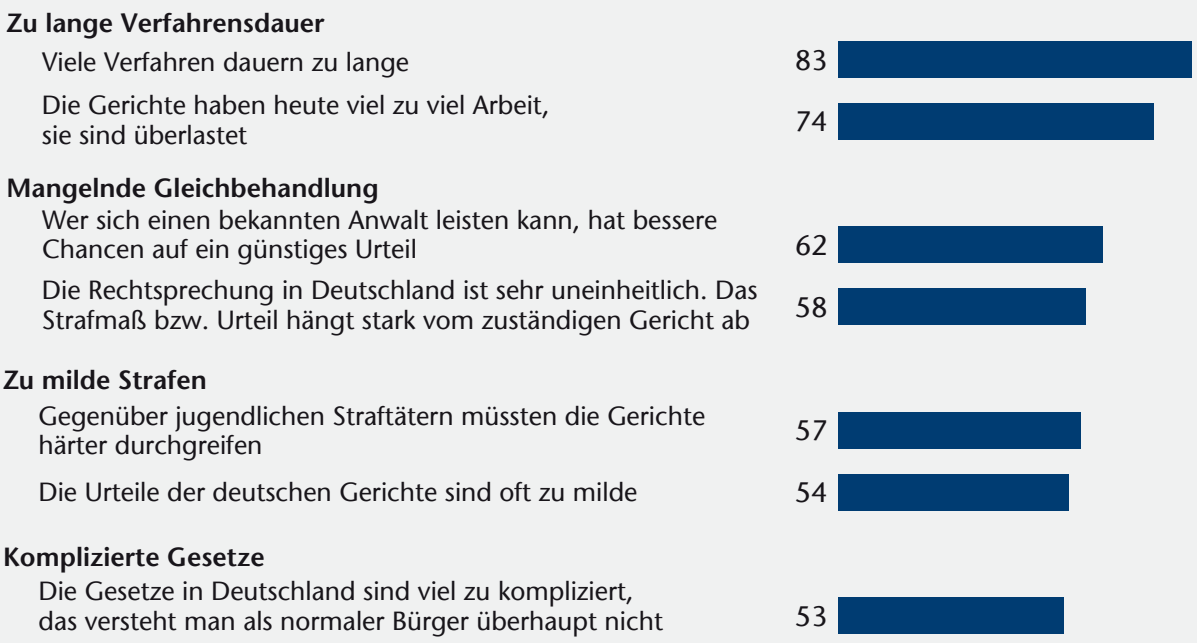
Zum Dritten werden die in Deutschland verhängten Strafen von vielen als zu milde kritisiert, insbesondere wenn es um die Rechtsprechung gegenüber jugendlichen Straftätern geht: 57 Prozent würden sich ein härteres Durchgreifen der Gerichte gegenüber jugendlichen Straftätern wünschen. Für 54 Prozent sind die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein oft zu milde.

Schließlich kritisiert ein Großteil der Bevölkerung die aus ihrer Sicht deutlich zu komplizierte Gesetzgebung in Deutschland: 53 Prozent der Bürger bemängeln, dass die Gesetze viel zu kompliziert sind und bezweifeln, dass ein normaler Bürger in der Lage ist, sie zu verstehen (Schaubild 7).

Schaubild 7

Viel Kritik am deutschen Rechtssystem – insbesondere an der Verfahrensdauer

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“ (Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

Die Detailanalyse zeigt bemerkenswerte Unterschiede im Urteil der verschiedenen sozialen Schichten. So bemängeln Personen aus den unteren Sozialschichten überdurchschnittlich stark die aus ihrer Sicht zu große Komplexität der Gesetzgebung, die zu milden Urteile deutscher Gerichte, und zwar sowohl im Allgemeinen wie auch gegenüber jugendlichen Straftätern, sowie die ihrem Verständnis nach uneinheitliche Rechtsprechung der deutschen Gerichte. Personen aus den oberen Sozialschichten kritisieren hingegen überproportional oft die Überlastung der Gerichte sowie deutlich häufiger als Personen aus den unteren Sozialschichten die lange Dauer vieler gerichtlicher Verfahren.

Gerade die lange Verfahrensdauer vieler Prozesse und die Überlastung der deutschen Gerichte sind bereits seit vielen Jahren die mit Abstand am häufigsten vorgetragenen Kritikpunkte am deutschen Rechts- und Justizsystem. Zuletzt hat sich diese Kritik jedoch etwas abgeschwächt: So ist der Anteil derer, die den Eindruck haben, dass viele Gerichtsverfahren in Deutschland zu lange dauern, seit 2018 von 88 auf 83 Prozent zurückgegangen.

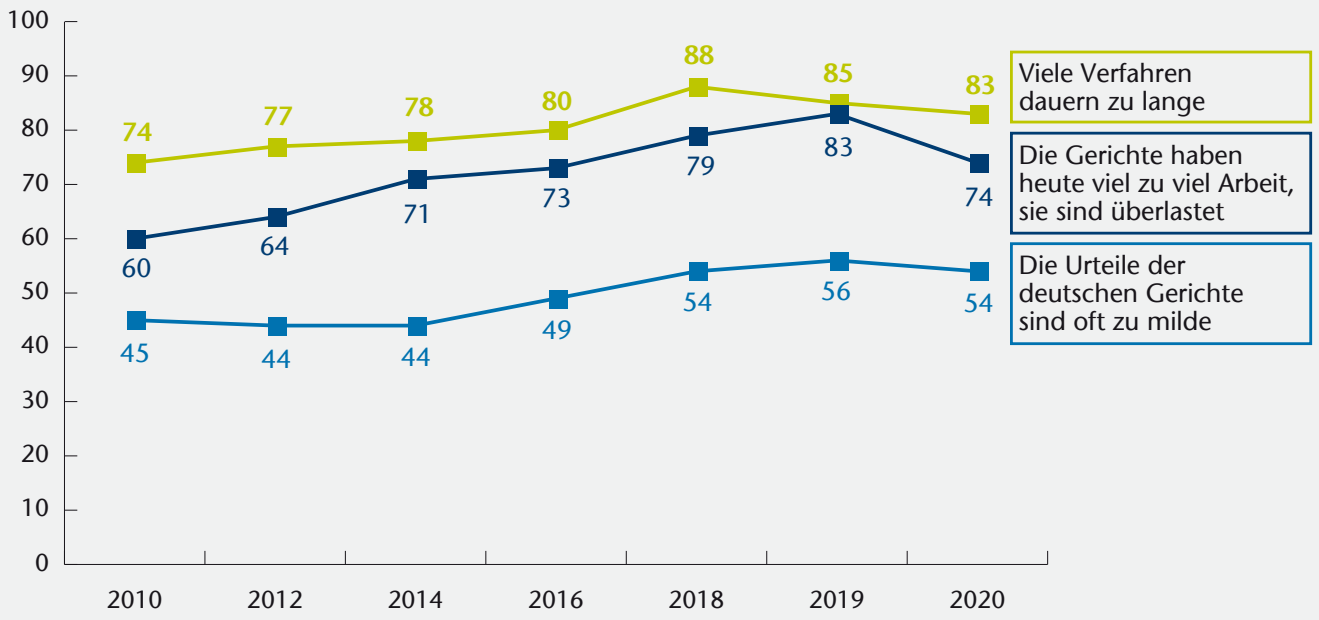
Der Kreis derjenigen, die die Gerichte in Deutschland für überlastet halten, ist allein innerhalb des letzten Jahres von 83 auf 74 Prozent geschrumpft. Der Langzeittrend macht deutlich, dass beide Überzeugungen heute dennoch nach wie vor häufiger vertreten werden als noch vor zehn Jahren.

Dies gilt auch für den Eindruck, dass die Urteile der deutschen Gerichte ganz allgemein zu milde sind: Teilten 2010 45 Prozent der Bürger diese Auffassung, so sind es aktuell 54 Prozent (Schaubild 8).

Schaubild 8

Zurzeit etwas weniger Kritik an der Überlastung der Gerichte

Es stimmen der Aussage zu –
(Angaben in Prozent)



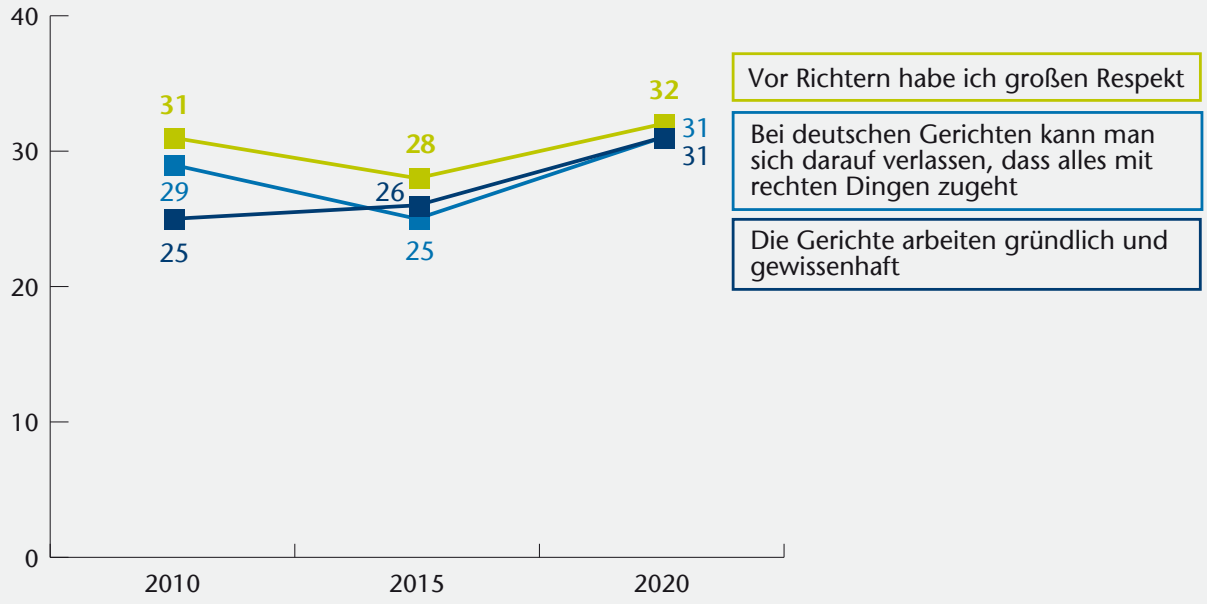
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

Nach wie vor überwiegen im detaillierten Bild vom deutschen Rechtssystem die kritischen Stimmen eindeutig. Vergleichsweise wenige Bürger stimmen ausdrücklich positiven Aussagen über die Justiz zu. Immerhin 32 Prozent geben zu Protokoll, dass sie großen Respekt vor Richtern haben. Jeweils 31 Prozent sind zudem überzeugt, dass man sich bei deutschen Gerichten darauf verlassen kann, dass alles mit rechten Dingen zugeht und dass die Gerichte gewissenhaft und gründlich arbeiten. Der Trendvergleich der letzten Jahre zeigt, dass den positiven Aussagen über die deutsche Justiz heute häufiger zugestimmt wird als noch vor fünf oder zehn Jahren (Schaubild 9).

Schaubild 9

Mehr Unterstützung für die Arbeit der deutschen Gerichte

Frage: „Hier auf dieser Liste steht Verschiedenes, was uns über das deutsche Rechtssystem, die deutsche Justiz gesagt wurde. Was davon würden Sie selbst auch sagen?“
(Vorlage einer Liste, Auszug, Angaben in Prozent)



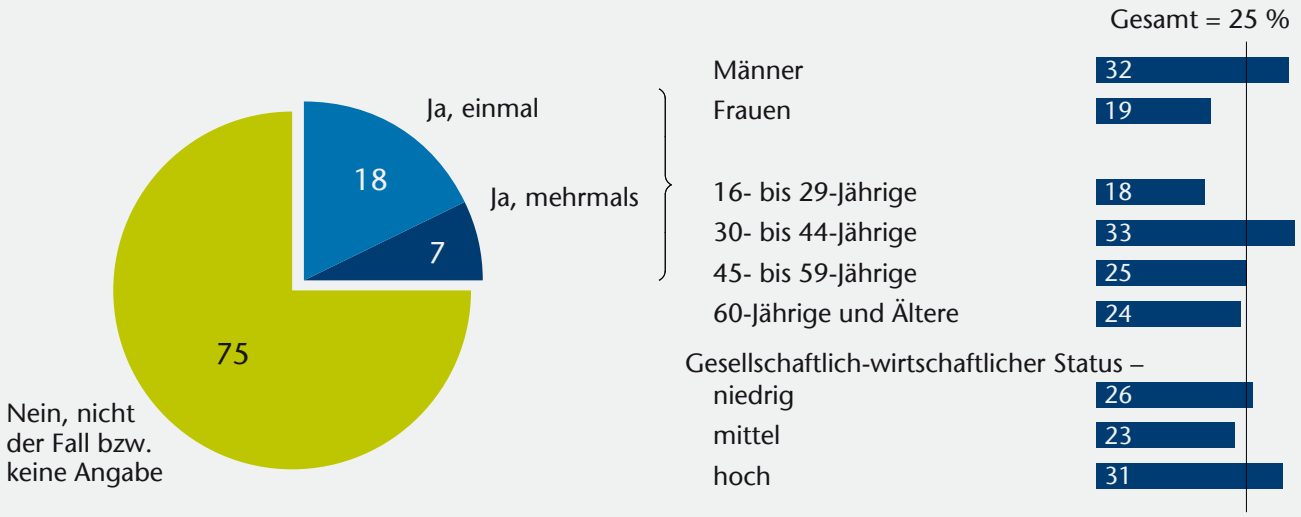
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

Viele Bürger erleben Recht und Rechtsprechung dabei nicht nur aus einer Außenperspektive, sondern haben bereits persönliche Erfahrungen mit Gerichtsverfahren gemacht. Jeder vierte Bundesbürger ab 16 Jahren war in den letzten zehn Jahren an einem Gerichtsprozess beteiligt, sei es als Zeuge, Kläger oder auch als Beklagter. 18 Prozent waren einmal, 7 Prozent sogar mehrmals an Gerichtsprozessen beteiligt. Überdurchschnittlich oft sind Männer, Personen mittleren Alters zwischen 30 und 44 Jahren sowie Personen mit einem hohen gesellschaftlich-wirtschaftlichen Status, also Personen aus den oberen Sozialschichten, in Gerichtsverfahren involviert. Frauen und unter 30-Jährige sind hingegen unterdurchschnittlich oft an Gerichtsverfahren beteiligt (Schaubild 10).

Schaubild 10

Beteiligte an Gerichtsprozessen

Frage: „Waren Sie in den letzten 10 Jahren einmal oder mehrmals an einem Gerichtsprozess beteiligt, egal ob als Kläger, Beklagter oder als Zeuge, oder war das nicht der Fall?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

Hohe Bedeutung der außergerichtlichen Streitbeilegung

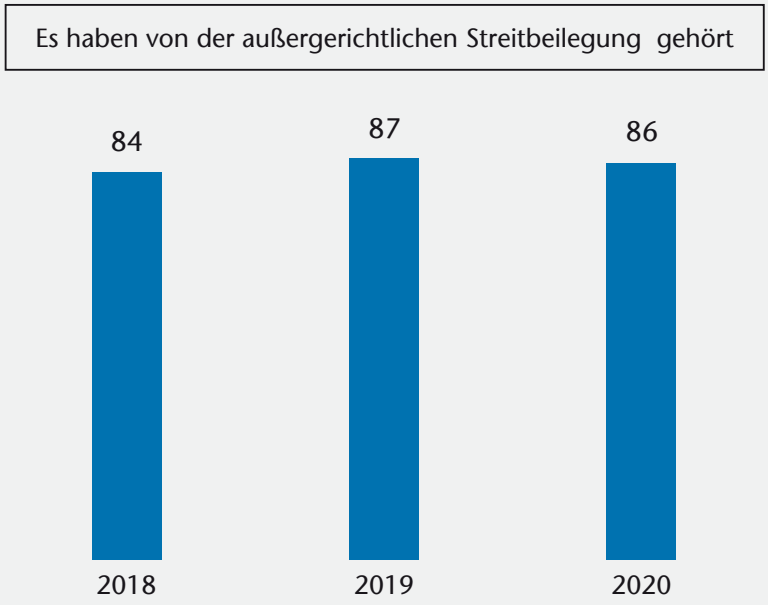
Bemerkenswert ist, dass die persönlichen Erfahrungen vor Gericht keineswegs zu einem positiveren Bild von der deutschen Justiz beitragen. Im Gegenteil: Personen mit eigener Prozesserfahrung haben signifikant weniger Vertrauen in die deutsche Gerichtsbarkeit und üben auch stärkere Kritik am deutschen Justizsystem als der Durchschnitt der Bevölkerung. Insbesondere die Einheitlichkeit der deutschen Rechtsprechung sowie die Verlässlichkeit der Justiz werden von Personen mit persönlicher Gerichtserfahrung weit überdurchschnittlich angezweifelt. Vor diesem Hintergrund gewinnen Möglichkeiten der außergerichtlichen Einigung für viele an Attraktivität. Mit dem ROLAND Rechtsreport konnte in der Vergangenheit bereits häufiger gezeigt werden, dass die Bevölkerung Angeboten der außergerichtlichen Streitbeilegung einen hohen Stellenwert beimisst.

Die Bekanntheit der außergerichtlichen Streitbeilegung ist außerordentlich hoch. 86 Prozent der Bevölkerung haben bereits davon gehört, dass es neben dem Gerichtsverfahren die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung gibt; vor einem Jahr waren es 87, vor zwei Jahren 84 Prozent. Erwartungsgemäß ist die Konfliktbeilegung ohne Beteiligung eines Gerichts in höheren Bildungsschichten bekannter als in einfachen Bildungsschichten. So kennen 91 Prozent der Personen mit höherer Schulbildung die Möglichkeit der außergerichtlichen Streitbeilegung, von Personen mit einfachem Schulabschluss sind es 79 Prozent (Schaubild 11).

Schaubild 11

Unverändert hoher Bekanntheitsgrad der außergerichtlichen Streitbeilegung

Frage: „Wenn man bei einer rechtlichen Auseinandersetzung nicht mehr weiterkommt, gibt es neben dem Gerichtsverfahren auch die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung, z.B. die Mediation oder die Schlichtung. Dabei versuchen die beiden Streitparteien mit Hilfe eines unabhängigen Vermittlers gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen. Haben Sie von dieser Möglichkeit schon einmal gehört, oder hören Sie davon jetzt zum ersten Mal?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

Für die Bewertung der außergerichtlichen Streitbeilegung wurde den Befragten folgende detaillierte Beschreibung der Einzelheiten des Verfahrens vorgelegt:

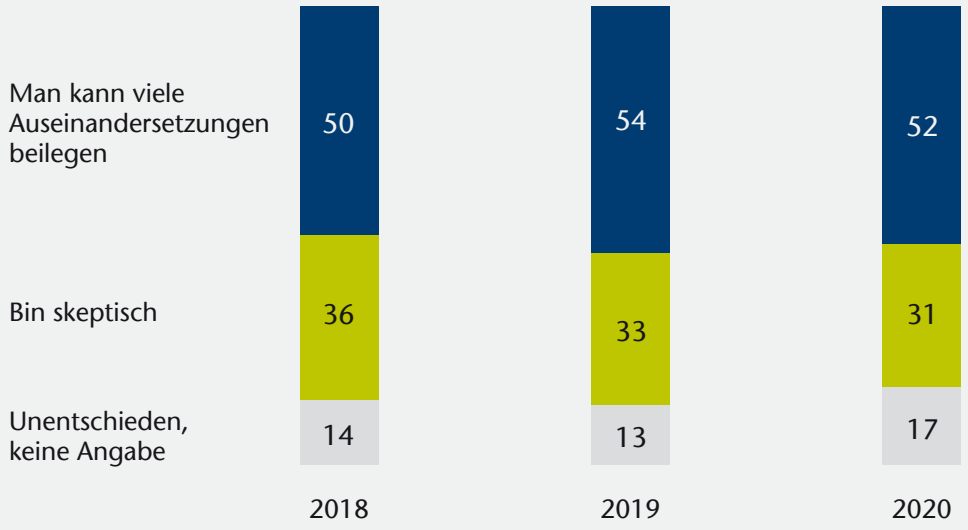
- Die Teilnahme an solchen Verfahren ist freiwillig
- Die beiden Streitparteien versuchen mithilfe eines unabhängigen Vermittlers gemeinsam zu einer Konfliktlösung zu kommen
- Der Vermittler unterstützt die beiden Streitparteien bei der Suche nach einer Konfliktlösung
- Ob und wie die Parteien sich einigen, entscheiden sie alleine. Sie können sich aber auch rechtlich beraten lassen

Auf Basis dieser Informationen bewertet die Bevölkerung die Erfolgschancen der außergerichtlichen Streitbeilegung überwiegend positiv. 52 Prozent sind überzeugt, dass sich mit einem solchen Verfahren viele Streitigkeiten beilegen lassen, nur 31 Prozent sind skeptisch. Im Vergleich zu den Vorjahren werden die Erfolgschancen einer außergerichtlichen Einigung weitgehend stabil positiv bewertet: Vor zwei Jahren meinten 50 Prozent, dass sich mithilfe der außergerichtlichen Streitbeilegung viele rechtliche Auseinandersetzungen lösen ließen, im Vorjahr 54 Prozent. (Schaubild 12).

Schaubild 12

Die Mehrheit ist nach wie vor von der Wirksamkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen überzeugt

Frage: „Hier stehen einige Einzelheiten der außergerichtlichen Streitbeilegung aufgeschrieben. Wenn Sie sich das bitte einmal durchlesen. Einmal ganz allgemein gefragt: Glauben Sie, dass man mit einem solchen Verfahren viele rechtliche Auseinandersetzungen beilegen kann, oder sind Sie da skeptisch?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 12025

Teil B Einstellung der Bevölkerung zu den Maßnahmen der Bundesregierung zur Eindämmung der Corona-Pandemie

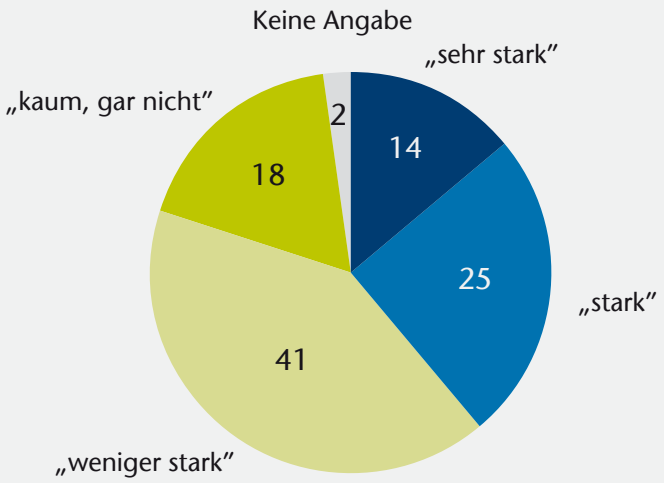
Gesundheitsschutz schlägt Grundrechte

Die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie fanden in der Bevölkerung von Beginn an einen bemerkenswerten Rückhalt. Zwar ist die Zustimmung zum Kurs der Regierung seit dem Herbst und dem Ausbruch der zweiten Pandemiewelle etwas zurückgegangen, bewegt sich aber nach wie vor auf einem stabil hohen Niveau. Gleichzeitig werden die Maßnahmen der Regierung zur Pandemiebekämpfung als gravierende Eingriffe in das eigene Leben empfunden. Vier von zehn Bundesbürgern sehen sich durch die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie zudem in ihren Grundrechten bzw. ihrer Freiheit beschränkt. Die Mehrheit sieht dies jedoch anders: 59 Prozent der Bürger fühlen sich durch die vielen Maßnahmen nur wenig oder gar nicht in ihren Grund- und Freiheitsrechten eingeschränkt (Schaubild 13).

Schaubild 13

Vier von zehn sehen sich in ihren Grundrechten eingeschränkt

Frage: „Wenn Sie einmal an die verschiedenen Maßnahmen denken, die der Staat in den letzten Monaten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie ergriffen hat: Wie stark haben Sie sich da alles in allem in Ihren Grundrechten und Ihrer Freiheit eingeschränkt gefühlt? Würden Sie sagen ...“ (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

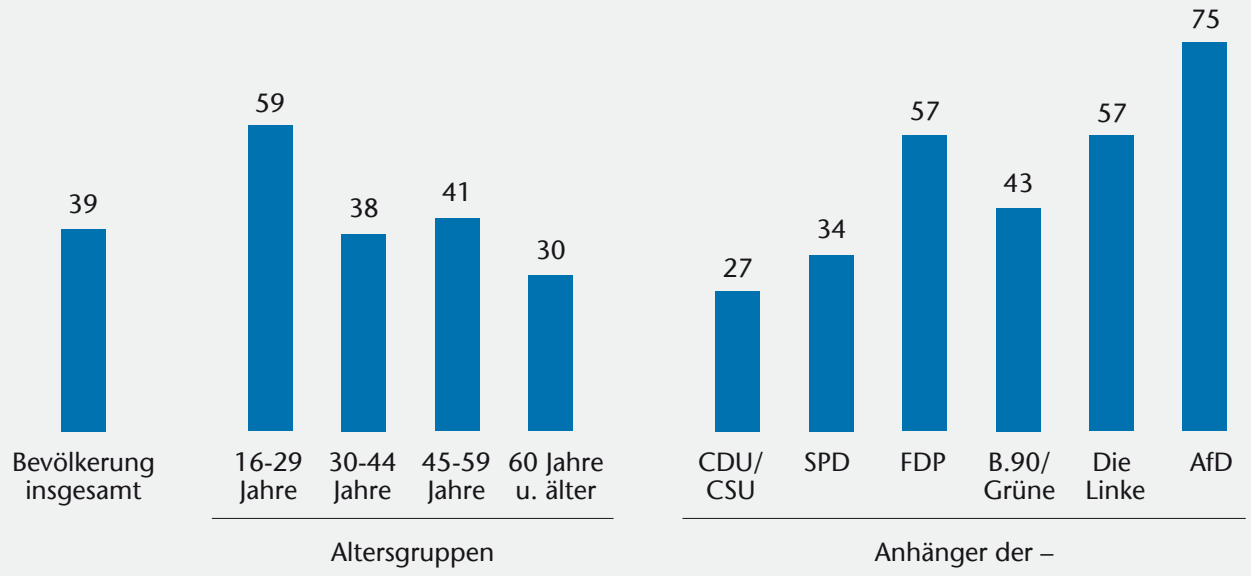
Dieses Urteil ist äußerst bemerkenswert, wenn man bedenkt, wie sehr die Bürger von den Einschränkungen und Maßnahmen der Regierung betroffen sind. Doch es gibt auch Bevölkerungsgruppen, die die Einschränkungen als deutlich gravierender empfinden. Dazu zählen insbesondere die junge Generation sowie die Anhänger der AfD, die in der Beurteilung der staatlichen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung aber ganz generell eine Sonderstellung einnehmen. Die junge Generation bezieht ihre Kritik vor allem aus der Tatsache, dass sie sich persönlich als weniger gefährdet betrachtet und sich gleichzeitig als besonders stark in ihrem Aktionsradius eingeschränkt sieht. Entsprechend empfinden 59 Prozent der unter 30-Jährigen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie als starke oder sogar sehr starke Eingriffe in ihre Grund- und Freiheitsrechte. Bei den über 60-Jährigen sind es hingegen nur halb so viele, die sich in ihren Grundrechten eingeschränkt fühlen.

Ausgesprochen stark fällt das Meinungsbild bei den Anhängern der verschiedenen Parteien auseinander: Während sich nur vergleichsweise wenige Anhänger der Unionsparteien und der SPD in ihren Freiheitsrechten stark oder sehr stark eingeschränkt sehen und auch von den Anhängern der Grünen nur eine Minderheit, sieht dies bei den Anhängern der FDP, der Linken sowie insbesondere der AfD gänzlich anders aus: Jeweils 57 Prozent der Anhängerschaft von FDP und Linke empfinden die Eingriffe des Staates als gravierende Einschränkungen ihrer Grund- und Freiheitsrechte, von den AfD-Anhängern sogar 75 Prozent (Schaubild 14).

Schaubild 14

Insbesondere Jüngere und AfD-Anhänger empfinden die Einschränkungen als gravierend

Es sehen sich durch die staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (sehr) stark in ihren Grundrechten und ihrer Freiheit eingeschränkt (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

Personen, die sich durch die Regierungsmaßnahmen in ihren Freiheitsrechten stark eingeschränkt fühlen, stehen dem Staat und seinen Institutionen ganz generell deutlich kritischer gegenüber als der Durchschnitt der Bevölkerung. So hat dieser Personenkreis signifikant weniger Vertrauen in die Bundesregierung, die Verwaltung wie auch in die Polizei und das deutsche Rechtssystem. Gleichzeitig hält diese Gruppe auch nahezu alle Begründungen, die als Rechtfertigung für persönliche Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung angeführt werden, für weniger nachvollziehbar als die Bevölkerung insgesamt. Dennoch können selbst die Kritiker vielen Argumenten zustimmen, wenn auch weniger stark als die Mehrheit der Bevölkerung.

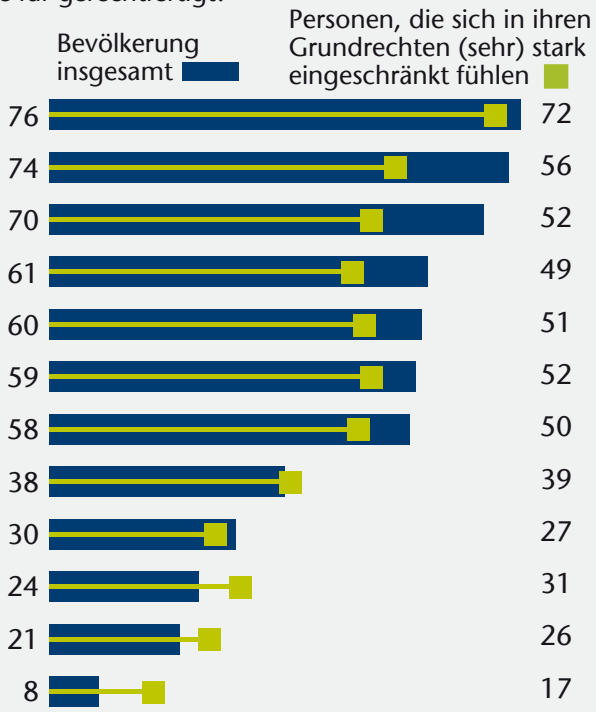
Die Bevölkerung unterstützt hingegen eine Vielzahl an Argumenten mit breiter Mehrheit. So halten 76 Prozent persönliche Einschränkungen für gerechtfertigt, wenn diese gut begründet sind, nahezu ebenso viele, wenn die Infektionszahlen stark ansteigen. Sieben von zehn Bundesbürgern akzeptieren zudem persönliche Einschränkungen, wenn sie dadurch helfen können, dass sich das Virus nicht weiter ausbreitet, jeweils rund sechs von zehn Bundesbürgern auch dann, wenn ansonsten das Gesundheitssystem seine Belastungsgrenze erreichen würde oder wenn die Maßnahmen zeitlich begrenzt sind. Ähnlich viele halten Einschränkungen für gerechtfertigt, wenn der Staat wirtschaftliche Nachteile ausgleicht oder wenn sich die Wissenschaftler einig sind, dass die Maßnahmen sinnvoll sind.

Weit weniger plausibel erscheint es den meisten, persönliche Einschränkungen dadurch zu rechtfertigen, dass Gerichte den Einschränkungen zugestimmt haben oder dass sie selbst keine wirtschaftlichen Nachteile dadurch erleiden. Gegen jegliche Form der Einschränkungen zur Bekämpfung der Pandemie stellt sich aber nur eine Minderheit: Lediglich acht Prozent der Bevölkerung lehnen persönliche Einschränkungen aufgrund der Corona-Krise ganz generell ab. Und selbst von denen, die sich stark in ihren Grund- und Freiheitsrechten eingeschränkt sehen, sind es nur 17 Prozent (Schaubild 15).

Schaubild 15

Die Mehrheit der Bevölkerung hält Einschränkungen aus ganz unterschiedlichen Gründen für gerechtfertigt

Frage: „Man kann ja unterschiedlicher Meinung darüber sein, wann persönliche Einschränkungen gerechtfertigt sind und wann nicht. Wenn Sie sich einmal diese Liste ansehen: Unter welchen Umständen halten Sie persönliche Einschränkungen während der Corona-Krise für gerechtfertigt?"
(Angaben in Prozent)



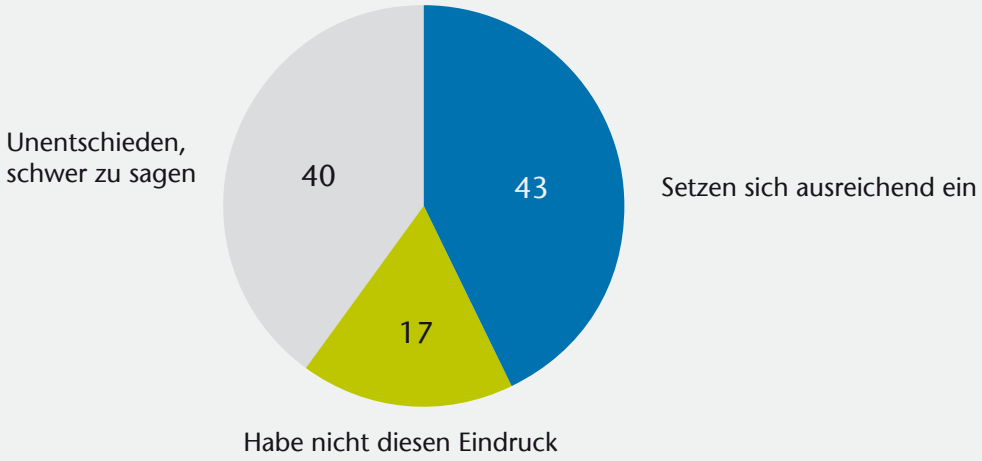
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

Dass nur vergleichsweise wenige Bürger Einschränkungen ihrer Freiheitsrechte dann als gerechtfertigt ansehen, wenn Gerichte diesen zugestimmt haben, hängt vor allem damit zusammen, dass die Rolle der Gerichte in der derzeitigen Corona-Krise von der Bevölkerung ambivalent beurteilt wird. Ganz generell findet es eine deutliche Mehrheit der Bürger richtig, dass die Gerichte die Verhältnismäßigkeit von einzelnen staatlichen Einschränkungen überprüfen. Der Eindruck, dass sich die Gerichte in der Corona-Krise jedoch ausreichend dafür einsetzen, dass die Grundrechte der Bürger geschützt sind, wird nur von einer relativen Mehrheit uneingeschränkt geteilt. Immerhin 43 Prozent finden, dass sich die Gerichte in der derzeitigen Krise ausreichend für die Grundrechte der Bürger einsetzen, lediglich 17 Prozent widersprechen ausdrücklich. Aber mit 40 Prozent fällt es vergleichsweise vielen Bürgern schwer, sich bei dieser Frage zu positionieren und ein Urteil abzugeben (Schaubild 16).

Schaubild 16

Schützen die Gerichte die Grundrechte der Bürger ausreichend?

Frage: „Nach allem, was Sie wissen oder gehört haben: Setzen sich die Gerichte in der Corona-Krise ausreichend dafür ein, dass die Grundrechte der Bürger geschützt sind, oder haben Sie nicht diesen Eindruck?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

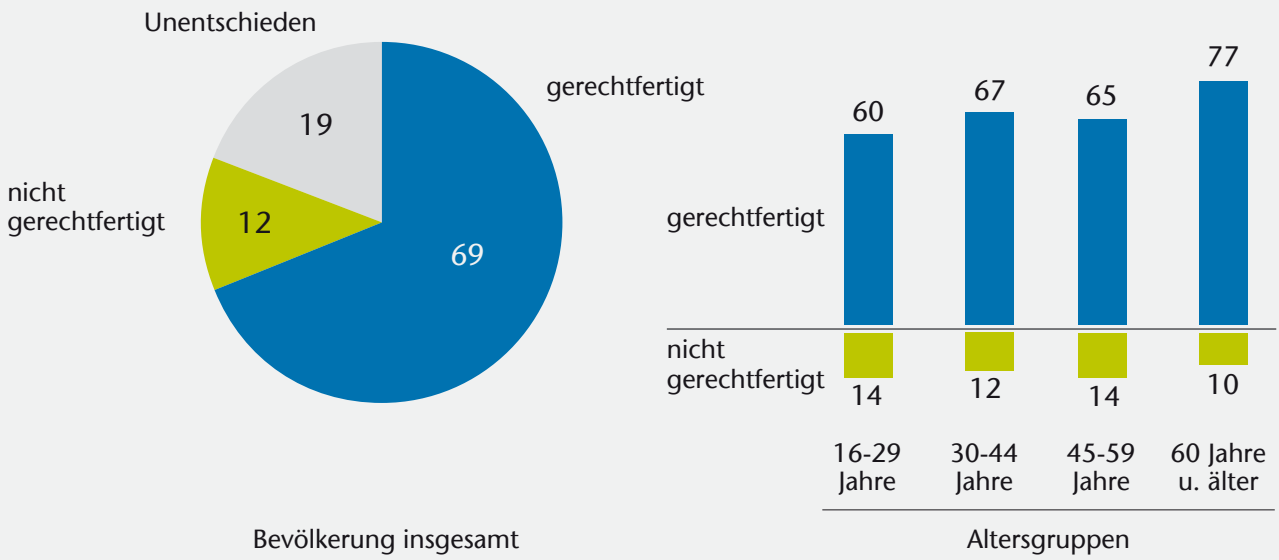
Dass die Bevölkerung Einschränkungen ihrer Freiheits- und Grundrechte in der derzeitigen Corona-Krise grundsätzlich akzeptiert, hängt ganz wesentlich damit zusammen, dass die überwältigende Mehrheit den Gesundheitsschutz in der momentanen Ausnahmesituation als höher bewertet als einzelne Freiheitsrechte: 69 Prozent der Bürger halten es für gerechtfertigt, wenn der Staat in Krisenzeiten wie der Corona-Krise den Gesundheitsschutz der Bevölkerung höher bewertet als einzelne Freiheitsrechte. Diese Überzeugung wird von allen Generationen geteilt. In der älteren Generation ist zwar das Verständnis für das Primat des Gesundheitsschutzes mit 77 Prozent am größten, aber selbst in der jungen Generation halten es 60 Prozent für gerechtfertigt, wenn in der jetzigen Corona-Krise dem Gesundheitsschutz vom Staat Vorrang vor einzelnen Freiheitsrechten eingeräumt wird. Nur 14 Prozent der unter 30-Jährigen haben dafür in der jetzigen Situation eindeutig kein Verständnis – kaum mehr als dies in der mittleren oder älteren Generation der Fall ist (Schaubild 17).

Schaubild 17

Gesundheitsschutz hat Vorrang gegenüber Freiheitsrechten

Frage: „Halten Sie es grundsätzlich für gerechtfertigt, wenn der Staat in Krisenzeiten wie der Corona-Krise den Gesundheitsschutz der Bevölkerung höher bewertet als einzelne Freiheitsrechte der Bürger, oder halten Sie das für nicht gerechtfertigt?" (Angaben in Prozent)

Den Gesundheitsschutz höher zu bewerten als einzelne Freiheitsrechte halten für –



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

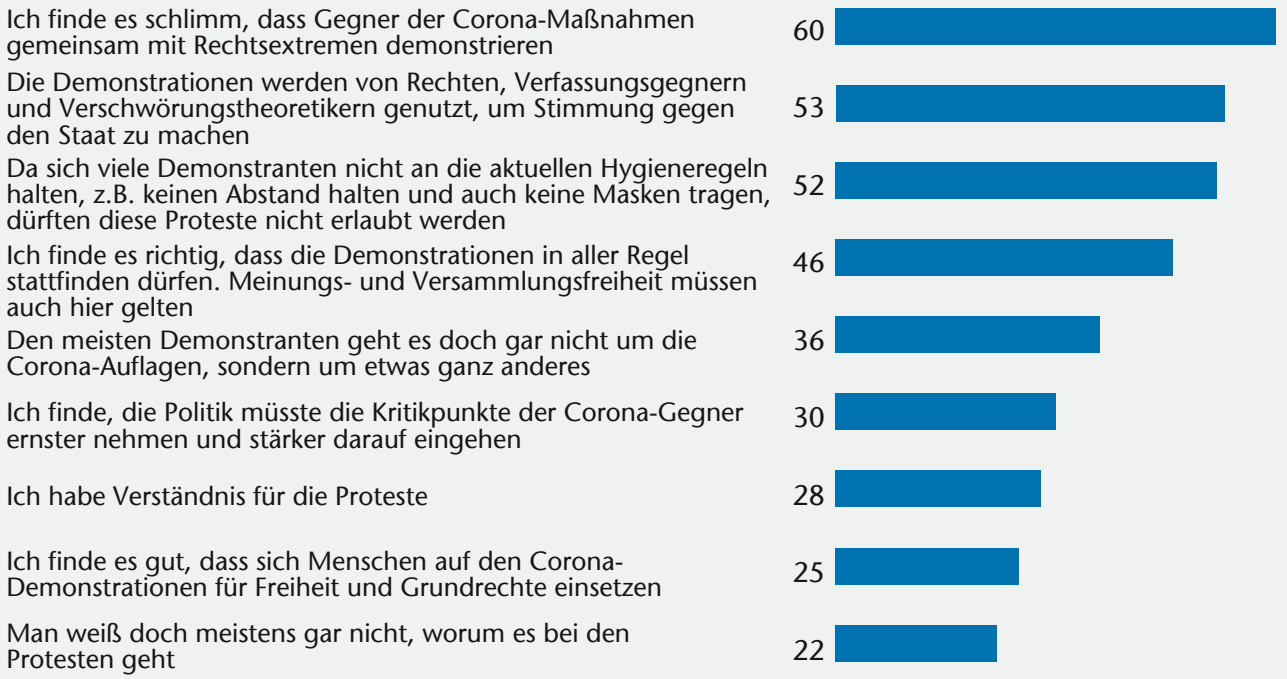
Die große Mehrheit räumt der Bekämpfung der Pandemie eine hohe Priorität ein, entsprechend wenig Verständnis bringt sie für die derzeitigen Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen auf. Dabei richtet sich die Kritik keineswegs gegen das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sondern vor allem gegen die Instrumentalisierung der Demonstrationen durch rechte Gruppen und Verfassungsgegner. So finden es 60 Prozent der Bürger schlimm, dass die Gegner der Corona-Politik gemeinsam mit Rechtsextremen protestieren, 53 Prozent sehen es ganz generell als problematisch an, dass die Demonstrationen von Rechten, Verfassungsgegnern und Verschwörungstheoretikern missbraucht werden, um Stimmung gegen den Staat zu machen. Entsprechend vermuten 36 Prozent, dass es den meisten Demonstranten gar nicht um die Corona-Auflagen, sondern um etwas ganz anderes geht. Weitere 52 Prozent kritisieren zudem, dass sich viele Demonstranten nicht an die Hygieneregeln halten.

Dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein hohes Gut ist, das auch in Krisenzeiten nicht eingeschränkt werden darf, teilen viele Bürger trotz aller Kritik an der Stoßrichtung der aktuellen Proteste. So halten es 46 Prozent grundsätzlich für richtig, dass die derzeitigen Demonstrationen stattfinden dürfen. Dennoch meinen nur 30 Prozent, dass die Politik stärker auf die Kritikpunkte der Demonstranten eingehen sollte (Schaubild 18).

Schaubild 18

Viel Kritik an der Stoßrichtung der Corona-Demonstrationen

Frage: „Gegen die Maßnahmen der Politik zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat es in den letzten Wochen ja immer wieder Proteste und Demonstrationen gegeben. Hier ist einmal einiges dazu aufgeschrieben. Was davon würden auch Sie sagen?" (Angaben in Prozent)



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

Nur 28 Prozent äußern generelles Verständnis für die Proteste. Auch dies ist ein wesentliches Indiz dafür, dass die Bürger die Maßnahmen der Politik zur Bekämpfung der Pandemie mit breiter Mehrheit unterstützen. Dies gilt in weiten Teilen auch für die Schuldenpolitik. Selbst wenn zur Diskussion gestellt wird, dass die derzeitigen Schulden zu Lasten der jungen Generation gehen, finden es nur 26 Prozent der Bürger falsch, dass der Staat derzeit so viele Schulden macht. 56 Prozent folgen hingegen dem Argument, dass der Schaden für die Wirtschaft und damit auch für die junge Generation ohne die momentane Schuldenaufnahme noch größer wäre. Anders als vielfach behauptet wird, herrscht in dieser Frage auch kein Generationenkonflikt. Auch von den unter 30-Jährigen unterstützen 54 Prozent den derzeitigen Schuldenkurs der Regierung, nur 29 Prozent lehnen diesen ab (Schaubild 19).

Schaubild 19

Unterstützung für die Schuldenpolitik in allen Generationen

Frage: „Um die Folgen der Corona-Krise einzudämmen, stellt der Staat ja sehr viel Geld als Hilfsmittel zur Verfügung. Darüber unterhalten sich hier zwei. Wer von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?" (Angaben in Prozent)

		Altersgruppen			
	Bevölkerung insgesamt	16-29 Jahre	30-44 Jahre	45-59 Jahre	60 Jahre u. älter
	%	%	%	%	%
Ich finde es unverantwortlich, dass der Staat jetzt so viele Schulden macht. Dies geht zu Lasten der jungen Generation. Diese wird sich deutlich einschränken müssen, um die heutigen Schulden wieder abzubauen.	**26**	**29**	**23**	**26**	**25**
Das sehe ich anders. Wenn wir in der jetzigen Situation keine Schulden machen, fügen wir der Wirtschaft großen Schaden zu. Die Folgen davon wären für die junge Generation viel gravierender als die jetzigen Schulden.	**56**	**54**	**59**	**57**	**55**
Unentschieden	**18**	**17**	**18**	**17**	**20**
	100	**100**	**100**	**100**	**100**

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 12025

In der derzeitigen Ausnahmesituation sind die Bürger bereit, viele Einschränkungen hinzunehmen, vor allem wenn sie dem Schutz der Gesundheit dienen. Die überwältigende Mehrheit akzeptiert die Einschränkungen. Sie findet zwar einen Teil der Maßnahmen belastend, zweifelt aber gleichzeitig nicht an deren Notwendigkeit. Die Unterstützung für die Maßnahmen resultiert auch aus dem Umstand, dass die Mehrheit der Bevölkerung den Argumenten der Politik derzeit folgt. Dies bedeutet jedoch, dass die Politik ihre Maßnahmen, die zu Einschränkungen der persönlichen Freiheit führen, immer wieder gut begründen muss – ansonsten schwindet die Akzeptanz.

Verzeichnis der Schaubilder

Seite

Teil A

Schaubild 1 Großes Vertrauen in das Rechtssystem im Vergleich zu anderen Institutionen ... 10

Schaubild 2 Das Vertrauen in das Rechtssystem und die Polizei ist stabil hoch ... 11

Schaubild 3 Deutlich größeres Vertrauen in die Bundesrepublik aufgrund ihrer Corona-Politik ... 12

Schaubild 4 Nach wie vor sehr hohes Vertrauen in mittlere und kleinere Unternehmen ... 13

Schaubild 5 Das Vertrauen in Zeitungen und Kirche bleibt stabil auf eher niedrigem Niveau ... 14

Schaubild 6 Ostdeutsche Bevölkerung mit deutlich geringerem Vertrauen in das Rechtssystem, die Medien und die Exekutive ... 15

Schaubild 7 Viel Kritik am deutschen Rechtssystem – insbesondere an der Verfahrensdauer ... 16

Schaubild 8 Zurzeit etwas weniger Kritik an der Überlastung der Gerichte ... 17

Schaubild 9 Mehr Unterstützung für die Arbeit der deutschen Gerichte ... 18

Schaubild 10 Beteiligte an Gerichtsprozessen ... 19

Schaubild 11 Unverändert hoher Bekanntheitsgrad der außergerichtlichen Streitbeteiligung ... 20

Schaubild 12 Die Mehrheit ist nach wie vor von der Wirksamkeit außergerichtlicher Streitbeilegungen überzeugt ... 21

Teil B

Schaubild 13 Vier von zehn sehen sich in ihren Grundrechten eingeschränkt ... 23

Schaubild 14 Insbesondere Jüngere und AfD-Anhänger empfinden die Einschränkungen als gravierend ... 24

Schaubild 15 Die Mehrheit der Bevölkerung hält Einschränkungen aus ganz unterschiedlichen Gründen für gerechtfertigt ... 25

Schaubild 16 Schützen die Gerichte die Grundrechte der Bürger ausreichend? ... 26

Schaubild 17 Gesundheitsschutz hat Vorrang gegenüber Freiheitsrechten ... 27

Schaubild 18 Viel Kritik an der Stoßrichtung der Corona-Demonstrationen ... 28

Schaubild 19 Unterstützung für die Schuldenpolitik in allen Generationen ... 29